



# Schule in Herten: Gutmenschliche Indoktrination statt Pädagogik



„Der Weg zur Hölle ist gepflastert mit guten Vorsätzen“. Wenn das „Gutsein“ zum Zwang wird, wie bei einer angeblich gegen „Rassismus und Rechts“ [von einer Schule durchgeführten Demonstration](#), gehen elementare Grundrechte verloren. Zugleich bestimmen Lehrer und Direktorium, was als „Gut“ zu gelten hat – und was nicht. Eine pädagogisch fragwürdige Maßnahme, mit der man vielleicht die eigene politische Korrektheit nach außen dokumentiert, nicht aber eine Haltung der Toleranz und Differenzierung. Und schon gar nicht Kinder zu eigenständigen, mündigen Bürgern erzieht, sondern zu Menschen, die unreflektiert stupide Gut/Böse-Schemata reproduzieren.

Wie bei diesem Thema nicht anders zu erwarten, unterstützen auch die Medien in der Form der Darstellung die fragwürdige Position der Schulleitung.

*In der Debatte um die Anti-Rassismus-Demonstration der*

*Martin-Luther-Schule vor zwei Wochen schlagen die Wellen immer höher. Es gibt eine Fülle von Kommentaren: vor allem im Internet, viele mit „rechter“ Tendenz.*

Wer nicht politisch korrekt und Links ist, der muss zwangsläufig Rechts sein. Wer nicht nur Rassismus von Rechts ablehnt, sondern **jede** Form von Rassismus, gilt paradoxer Weise selbst als Rassist. Und wer sich kritisch mit der fragwürdigen Pädagogik in der Martin-Luther-Schule auseinandersetzt, muss logischerweise auch „rechts“ sein, weil diese gutmenschlich korrekt „links“ ist. Diesen Eindruck erweckt die völlig undifferenzierte Haltung der Schulleitung der Martin-Luther-Schule in Herten.

Vielleicht unbedacht hat Schulleiterin Marie-Luise Bock sich genau konträr zu ihren selbst postulierten Idealen verhalten, als sie aus der Schulpflicht eine moralische Demopflicht machte. Sie wollte nicht einfach akzeptieren, dass zwei Schülerinnen dem Gesinnungs- und Anpassungsdruck der Schulleitung nicht nachgaben. Gleichsam „Sündern“ mussten sich die widerspenstigen Schülerinnen schriftlich erklären, was von den zwei betroffenen 16-Jährigen als Strafe empfunden wurde. Seit wann ist man in diesem Land eigentlich verpflichtet, seine weltanschaulichen Überzeugungen begründen zu müssen? Eine unerträgliche Maßnahme, die nicht nur weit übers Ziel hinaus schießt, sondern auch mit jeglichem Toleranz-Ideal unvereinbar ist.

*Während rund 270 Schüler lautstark und mit Transparenten das Motto „Zeig' Rassismus die rote Karte“ vertraten, saßen Sarah und Farina im Büro von Schulleiterin Marie-Luise Bock, im Nebenraum die Sekretärin. Die Mädchen sollten unter anderem darlegen, warum sie den Schulvertrag gegen Rassismus nicht unterzeichnen. Das Dokument enthält Regeln für ein gewaltfreies, tolerantes Miteinander.*

Als Schüler empfindet man gegenüber Lehrern (und noch mehr

Schuldirektoren) Unterlegenheit. Die Ansicht der Direktorin ist den Schülerinnen bekannt, und sie müssen ihre Ansichten vor einer nicht wohlwollenden, in einer überlegenen Position befindlichen Person entblößen. Hier entstehen Ängste, dass sie sich damit Missbilligung und Ablehnung, vielleicht sogar Verachtung einhandeln können. Das ist Pädagogik vom Allerschlechtesten, die grade jemand mit den Idealen, wie Bock sie vertritt, keinesfalls unterlaufen darf.

Passend zur wenig toleranten [Geisteshaltung schließt](#) die Martin-Luther-Schule ihre Internetseite.

*Wegen der Angriffe auf unsere Schule durch rechtsradikale Gruppen über das Internet haben wir unseren Internetauftritt gestoppt.*

Möglich, dass einzelne Aussagen tatsächlich rechtsradikal waren, doch warum werden dann alle nicht-rechtsradikalen Aussagen ebenfalls der öffentlichen Diskussion über die Zustände an dieser Schule entzogen? Warum findet keine gezielte Löschung rechtsradikaler Aussagen statt, sondern wird pauschal und undifferenziert der Eindruck erweckt, alle Kritiker an den Zuständen in der Martin-Luther-Schule seien Rechtsradikale?

Direktorin Bock ist doch angeblich Toleranz so wichtig. Kommt hier eine Geisteshaltung zum Ausdruck, die nur die eigenen Auffassungen für akzeptabel hält? Ist Intoleranz nicht ein Markenzeichen des Rechts- und Linksradikalismus?

### **Pädagogik des Zwanges und des Prangers an der Martin-Luther-Schule?**

*Aus den Berichten der Presse ergibt sich möglicher Weise ein unvollständiges Bild der Geschehnisse rund um besagte Demo. Nachfolgende Betrachtung basiert auf den bisherigen Veröffentlichungen. Bei neuen Informationen, die ein neues Gesamtbild ergeben, wird sie selbstverständlich korrigiert.*

Wirklich gute Pädagogik stellt nicht bloß. Gute Pädagogen sind sich auch bewusst, dass man selbst nie im Besitz von etwas wie der „absoluten Wahrheit“ sein kann. Gute Pädagogen versuchen nicht, ihre Schüler ect. zu geistigen Klonen ihrer eigenen Auffassungen zu erziehen, sondern lassen bewusst Spielräume für eigene Ansichten. Gute Pädagogen versuchen andere Ansichten als die eigenen zu verstehen, bevor sie verurteilen und bloßstellen. Grundsätzlich ist es unerträglich, wenn sich Schüler für ihre politische Auffassung erklären müssen. Die Schule hat einen erziehenden Auftrag, aber keinen missionarischen. Das hat Direktorin Bock wohl falsch verstanden.



Es wäre weitaus professioneller von der Pädagogin Bock gewesen, Einwände und Nicht-Teilnahme gegen ihren politischen Aktionismus einfach „stehen zu lassen“. Die Demo-Verweigerer hätten für irgendein Schulfach pauken können, wenn die Demo schon als schulische Veranstaltung stattfand. Was zudem mehr als fragwürdig ist. Außer man ist der Auffassung, eine Schule sei ein Ort politischer Indoktrination und Gleichschaltung. So wie dies in der [DDR und dem Nationalsozialismus](#) der Fall war.

Pädagogisch geradezu verwerflich ist es, eine winzige Minderheit von zwei Schülerinnen einer solchen Bloßstellung auszusetzen. Bock schafft eine Atmosphäre des moralischen Drucks, der man sich ohne Ansehensverlust kaum noch entziehen kann. Es muss im Vorfeld bereits eine massive Indoktrination stattgefunden haben, wenn sich überhaupt nur noch zwei Schülerinnen dem moralischen Druck an dieser Schule entziehen können. Der Anteil politisch aktiver Schüler scheint an der Martin-Luther-Schule besonders ausgeprägt und weit

überdurchschnittlich. Und so gut wie alle haben die selbe Auffassung, fast alle sind politisch aktiv, keiner hat „Null Bock“ auf Bocks Demo und eher Bock auf „Chillen“?

Ein sehr untypisches Verhalten in einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft. Aber sehr typisch für sozialistische Regime. Ein „Vertrag gegen Rassismus“, der offenbar allen Schülern, Lehrkräften und sogar den Eltern zur Unterschrift vorgelegt wurde, impliziert, dass hier eine nicht ausreichend differenzierte, klischeehafte Auffassung über Rassismus zur Zwangsnorm für alle erhoben wurde.

*Mit unserer Unterschrift versprechen wir – die Schülerinnen, Schüler, Eltern, Lehrer und das Verwaltungspersonal – , dass wir uns bemühen, eine Form des Miteinander-Lebens zu praktizieren, die niemanden wegen seiner Herkunft ausgrenzt, beleidigt oder verletzt. In unserer Schule: werden Schimpfwörter wie „orospu“ , „Hurensohn“ u. ä. nicht benutzt, wird keine provozierende Kleidung , z. B. weiße Schnürsenkel in Springerstiefeln, Bomberjacken mit nazistischen Zeichen und/oder Aufschriften wie Pit-Bull-Germany, getragen, werden rassistisch geprägte Witze weder erzählt noch geduldet, werden keine abfälligen Bemerkungen über Religionen, Sprachen, Kleidung oder Musik gemacht, verurteilen wir jede Art von Gewalt und sind bereit, Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln auszutragen; dabei bieten uns unsere Schlichtergruppe sowie die Lehrer und Sozialarbeiter Hilfe und Unterstützung an.*

In Teilen ist der „Vertragstext“ durchaus löblich. So z.B. die Tabuisierung von Schimpfwörtern und von Gewalt sowieso. Doch negative Aussagen über Geschmacksfragen wie Musik und Kleidung zu unterbinden, reduziert sowohl Äußerungen als auch Denkmuster auf nur noch zwei erlaubte Ebenen: Man hat zu gar nichts mehr eine Meinung oder man findet alles in Ordnung, bis auf Naziklamotten natürlich. Wer „das Gute“ so drastisch erzwingen will, begeht geistige Freiheitsberaubung. Der will

vielleicht Konflikte vermeiden, doch das um den Preis eines Gesinnungsregimes, das Individualität nur noch in eng vorgezeichneten Bahnen erlaubt. Was einer Erziehung der Entmündigung und zugleich der Unterwerfung unter die Idealvorstellungen der Schulleitung gleich kommt.

Der Moralkodex an der Martin-Luther-Schule spiegelt keineswegs eine Auffassung, die jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und schon gar nicht Diskriminierung ablehnt. Explizit erwähnt und abgelehnt werden neonazistische Symbole, nicht aber linksradikale oder islam(istische) Symbolik. Fragwürdig ist auch, dass geschlechtsspezifische Herabsetzungen und gegen Homosexuelle gerichtete Diskriminierung nicht erwähnt werden. Und was ist, wenn z.B. ein T-Shirt mit dem Abbild des Terroristen Che Guevara oder radikal-islamische Bekleidung als „provokierend“ empfunden wird?

Es gibt also eine ganze Reihe guter Gründe diesen „Vertrag gegen Rassismus“ abzulehnen und nicht an einer Demo teilzunehmen, **gerade weil** man gegen Rassismus und Diskriminierung ist. Es ist geradezu ein Zeichen von Mündigkeit, nicht an dieser Demo teilzunehmen, wenn man **wirklich gegen Rassismus** ist. Genau betrachtet legitimiert diese Demo sogar bestimmte Formen von Rassismus und Diskriminierung durch Nicht-Erwähnung.

Umso weniger pädagogisch erscheint die Methode „Pranger“ der Schulleitung. Bestand bei diesem „Vertrag gegen Rassismus“ die Möglichkeit, einzelne Passagen zu streichen oder zu ergänzen? Unwahrscheinlich. Man musste ihn wahrscheinlich so unterschreiben, wie er ist. Wer nicht unterschreiben will, gerät unter immensen, moralischen Rechtfertigungsdruck. Muss mit Missachtung, sogar Verachtung rechnen. Von Freiwilligkeit unter diesen Umständen kann keine Rede sein. Denn wer will sich schon anhängen lassen, er sei Rassist. Die Schulleitung macht aus dem angeblichen Vertrag „gegen Rassismus“ ein Zwangsritual der Unterwerfung unter ihre eigene, persönliche,

willkürliche Definition von Rassismus!

Unwillkürlich fühlt man sich erinnert an mittelalterliche Bekenntniszwänge durch die Kirche. Auch die damalige Kirche war davon überzeugt, zu wissen, was für andere gut ist.

### **Versagen der Schulaufsicht?**

Auf Nachfrage der inzwischen eingeschalteten Schulaufsicht erklärte Schulleiterin Bock den Anlass für ihre Strafarbeit „warum ich nicht zu Demo ging“:

**Nach einem ersten Gespräch mit Marie-Luise Bock gestern Mittag konzentriert er sich vor allem auf die Art der Aufgabenstellung. Sollten Sarah und Farina sich zum Beispiel Gedanken darüber machen, warum sie ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit nicht nutzen?**

Direktorin Bock hat offensichtlich eine gradezu orwellsche Auffassung des Begriffes „Freiheit“, wenn sie im Rahmen einer [Pflichtveranstaltung](#) noch von „Demonstrationsfreiheit“ spricht. Eine „Demonstrationsfreiheit“, die sie selbst angeordnet hat, und bei der sie gleichsam einer Bußschrift eine Stellungnahme der Demo-Verweigerer in schriftlicher Form verlangt.

Haben wir denn kein Grundgesetz, das eindeutig darlegt...

- Artikel 4,1: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- Artikel 5,1: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.





GRUNDGESETZ

Das beinhaltet doch wohl auch die Entscheidungsfreiheit, an einer Demo teilzunehmen oder nicht, ohne dafür sanktioniert zu werden, oder dass einem eine moralisch fragwürdige Haltung, konkret des Rassismus, böswillig mit dem Resultat schlimmster Diffamierung angehängt wird. Zur Meinungsfreiheit gehört auch, dass man Andersdenkende nicht verächtlich macht und auf diesem Wege Furcht erzeugt, der die freie Meinungsäußerung präventiv durch mit Sicherheit zu erwartenden Sanktionen einschränkt. Selbst wenn hier formaljuristisch nichts beanstandet werden könnte, ist aus moralischer wie pädagogischer Sicht eine völlig inakzeptable Haltung der Direktion der Martin-Luther-Schule offensichtlich.

[Schulamtsleiter](#) Edgar Mattejats sieht das vorläufig so. Für ihn war die „Strafarbeit“ wegen Demoverweigerung „ein pädagogisch sinnvoller Ansatz“.

Er erkennt aber immerhin:

*Oder aber hatte die Aufgabe den Charakter von Zwang beziehungsweise Strafe? Das wäre für den Schulamtsdirektor nicht akzeptabel: „Es gibt Demonstrationsfreiheit, aber keine Demonstrationspflicht.“ Diese Frage müsse mit „Feingefühl“ geklärt werden, so Mattejat. Er erwartet, dass die Bezirksregierung Münster noch in dieser Woche einen Bericht von Marie-Luise Bock anfordert. Mattejat erklärt, dass es sich dabei um eine Anhörung handelt: „Es gibt weder ein Disziplinarverfahren noch eine Vorermittlung dazu.“ Der Schulamtsdirektor erkennt keine Verstöße gegen das Schulgesetz und kommt zu dem Schluss: „Ich sehe bisher nichts*



*Angreifbares. Nichts, was aufgebauscht werden müsste.“ Und er stellt sich vor die Schulleiterin: „Ich kenne Frau Bock als sehr besonnene Pädagogin, die vortreffliche Arbeit leistet.“ Indirekt wirft er ihr aber ein Versäumnis vor: „Mir ist nicht bekannt, dass die Veranstaltung bei der Schulaufsicht angemeldet war. Ich als Schulleiter hätte Münster informiert, und ich kann anderen Schulleitern das nur dringend empfehlen.“*

Bei der Intransparenz deutscher Bürokratie und Verordnungen wäre ein formaler Lapsus allemal verzeihlicher als eine krasse pädagogische Fehlleistung, aufgrund der darin zum Ausdruck kommenden vorsätzlichen Intoleranz.

Allem Anschein nach ist die Direktion der Martin-Luther-Schule in Herten etwas zu weit gegangen. Denn diese Schule leistet in vielerlei Hinsicht durchaus vorbildliche Arbeit. Heranführung an die Thematik des Umweltschutzes ist hier genauso zu erwähnen wie z.B. die Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten. Wie konnte nur, angesichts einer ansonsten so [positiven pädagogischen Bilanz](#) derartig das Maß verloren gehen? Die Antwort liegt darin, dass man die eigene Weltanschauung für so überlegen und gut befindet, dass man nicht mehr auf die Idee kommt, es könnte noch andere berechnete Ansichten geben.

Direktorin Bock huldigt einem Über-Ich-Ideal. Einer Fiktion von moralischer Überlegenheit, die ihr zum einem überlegenen Selbstbild verhilft, zugleich aber die Abwertung aller bedeutet, die vielleicht offener für Fakten sind und darum zu anderen Schlussfolgerungen gelangen. Die unglaublich arrogante, intolerante Art, die geradezu totalitären Maßnahmen den Kindern und deren Eltern Gesinnungs- und Verhaltensverträge abzuverlangen, erweckt den Eindruck, dass hier im Namen „des Guten“ gar nicht so Gutes herauskommt. „Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.“ Die Martin-Luther-Schule in Herten liefert ein trauriges

Lehrbeispiel für diesen Satz.

» *Rebellog*: [Gutmenschliche Zeitsoldaten](#)

» *PI*: [Schule in Herten: Mit DDR- und Nazimethoden gegen Rassismus](#)

» *PI*: [Schülerinnen als Rassisten gebrandmarkt](#)

» *Geisteswelt*: [Gestellte Schülerdemos der Martin-Luther-Schule in Herten](#)